

	<p style="margin: 0;"><b>Stadt Backnang</b> für die vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft</p> <p style="margin: 0;"><b>Sitzungsvorlage</b></p>	<p style="margin: 0;"><b>N r .      217/16/VVG</b></p>
--	--	--

<b>Federführendes Amt</b>	Bauverwaltungs- und Baurechtsamt		
<b>Behandlung</b>	<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>
zur Beschlussfassung	gemeinsamer Ausschuss der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	10.11.2016	öffentlich

**20. Änderung des Flächennutzungsplans der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang im Bereich „Sonderbaufläche/Wohnbaufläche Hohenheimer Straße, Backnang“  
- Feststellungsbeschluss**

**Beschlussvorschlag:**

1. Über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung in der Zeit vom 20.06. – 22.07.2016 vorgebrachten Anregungen entsprechend dem Abwägungsvorschlag des Stadtplanungsamts vom 06.09.2016 zu entscheiden und dies den Beteiligten mitzuteilen.
  
2. Die 20. Änderung des Flächennutzungsplans der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang im Bereich „Sonderbaufläche/Wohnbaufläche Hohenheimer Straße, Backnang“ nach Maßgabe des Deckblatts des Stadtplanungsamts vom 08.08.2012 und der Begründung vom 14.04.2016 festzustellen.

<b>Haushaltsrechtliche Deckung</b>	<b>HHSt.:</b>		
Haushaltsansatz:		EUR	EUR
Haushaltsrest:		EUR	EUR
Verpflichtungsermächtigung für Ausgaben im folgenden Jahr:		EUR	EUR
Für Vergaben zur Verfügung:		EUR	EUR
Aufträge erteilt (einschl.vorst.Vergabe):		EUR	EUR
Noch freie Mittel/über bzw. außerplanmäßige Ausgaben:		EUR	EUR

<b>Amtsleiter:</b>	<b>Sichtvermerke:</b>					
27.10.2016  _____ Datum/Unterschrift	I	II	10	20	60	61
	Kurzzeichen Datum					

**Begründung:**

Entsprechend dem Beschluss des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft vom 19.05.2016 wurde der Planentwurf mit Begründung in der Zeit vom 20.06. - 22.07.2016 öffentlich ausgelegt.

Bezüglich der eingegangenen Anregungen wird auf den Abwägungsvorschlag des Stadtplanungsamts vom 06.09.2016 verwiesen. Die Anregungen und deren Behandlung werden in ihrem wesentlichen Wortlaut in der Sitzung vorgetragen.

Nach der Beschlussfassung im gemeinsamen Ausschuss der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft wird die 20. Änderung des Flächennutzungsplans dem Regierungspräsidium Stuttgart zur Genehmigung vorgelegt.

**Anlagen:**

Deckblatt 20. Änderung

Begründung

Abwägungsvorschlag